

Medienspiegel Woche 42 / 2015

	Seite
Schule Schweiz, 11. Oktober 2015 Ungeschminkte Einmischung	1
Medienmitteilung, 13. Oktober 2015 Volksabstimmung zum Lehrplan 21 unumgänglich	2
Berner Zeitung, 13.10.2015 Schlechte Noten für Frühfranzösisch	4
Basler Zeitung, 13. Oktober 2015 Bildungsdirektorin in der Zwickmühle	7
Tagblatt, 13. Oktober 2015 Hintergründe zum Lehrplan 21	9
Tagblatt, 14. Oktober 2015 Salzkorn	9
Tagblatt, 14. Oktober 2015 «Die Schule muss Freude machen»	10
Südostschweiz, 14.10.2015 Lehrplan 21 – Die Krux mit der Debatte	12
Basler Zeitung vom 16.10.2015 Gescheit reden ist nicht immer klug	15
NZZ, 17.10.2015 Träges Bildungswesen	17
EINLADUNG Bildungskritische Vorträge Dr. Ralph Fehlmann Forum Allgemeinbildung Schweiz	19

Schule Schweiz, 11. Oktober 2015

Ungeschminkte Einmischung



Es ist schon erstaunlich, wie ungeschminkt sich private Institutionen in unser Bildungssystem einmischen und ihre eigenen Auffassungen von 'guter Bildung' durchzusetzen versuchen. Damit wird die demokratische Basis unserer Volksschule wenn nicht gerade ausgehebelt, so doch empfindlich tangiert. Eine kurze Suchanfrage ergab, dass im Stiftungsrat der Jacobs Foundation mit Hans Ambühl auch ein prominenter Exponent der EDK sitzt. Und auch der LCH verbreitet bereitwillig Idee und Promotion des Projektes Bildungslandschaften. (uk)

[Eine «Bildungslandschaft» in Oberglatt ZH, BILDUNG SCHWEIZ 11|2013](#)

Mehr über die [Jacobs Foundation](#) und [Bildungslandschaften](#).

Bildungslandschaften Schweiz hat neu [22 Projekte](#)

Zusätzliche Infos unter:

Trägerschaft und Steuergruppe
[Bildungslandschaften Schweiz](#)

Stiftungsrat
[Jacobs Foundation](#)

Eymann vor Wahl ins Superamt
Als «heimlicher Bildungsminister» und Chef der Erziehungsdirektoren müsste er die Kantone einen
[SonntagsZeitung, 01.09.2013](#)

Stiftungsrat der Jacobs Foundation benennt Hans Ambühl zu neuem Mitglied
[Jacobs Foundation, 25. Oktober 2013](#)

Stiftungen als Anstifter
[Schule Schweiz, 4. Oktober 2015](#)

Siehe auch weiter unten:

NZZ, 17.10.2015
Träges Bildungswesen

Medienmitteilung, 13. Oktober 2015

Initiative zur Änderung des Volksschulgesetzes – Stopp dem Lehrplan 21 – SZ

Volksabstimmung zum Lehrplan 21 unumgänglich

Das Initiativkomitee reichte letzte Woche bei der kantonsrätlichen Rechts- und Justizkommission eine ausführliche Begründung für die Gültigkeit der Initiative ein und verlangt vom Kantonsrat, dass das Volk schnellstmöglich darüber abstimmen kann. Im November wird der Rat über die Gültigkeit entscheiden.

Obwohl nach nur gerade 2 Monaten Sammelzeit mehr als 3'000 Schwyzer Stimmbürger eine Initiative zur Änderung des Volksschulgesetzes unterzeichnet hatten, trieb das Bildungsdepartement mit Hochdruck die Einführung des umstrittenen Lehrplans 21 weiter voran. Schulleiter und Lehrer wurden mit einer „Offensiv-Strategie“ auf den Lehrplan 21 eingefuchst, als ob kein Volksbegehren dagegen hängig wäre, und der Regierungsrat erklärte im Juni die Initiative für „ungültig“.

Dieses behördliche Vorgehen wurde von den Initianten als verfassungs- und rechtswidrige Verhinderungstaktik gerügt. Die Begründungen des Regierungsrates seien sowohl politisch, als auch juristisch und in Bezug auf den Gehalt der Initiative verfehlt. Die juristischen Abklärungen der Initianten ergaben, dass der Regierungsrat damit das Selbstbestimmungsrecht der kantonalen Bevölkerung über die grundsätzliche Veränderung der Volksschule und den verfassungsmässigen Rechtsanspruch auf Gesetzes-Initiativen missachtet hat.

Die Verfassung garantiert nämlich, dass das Volk via Gesetz auch Zuständigkeiten, Entscheidungsstufen und Abläufe selbst regeln und ändern kann. Da mit dem Lehrplan 21 die Grundsatz- und Zweckartikel des Volksschulgesetzes verletzt würden, ist die Lage sehr ernst. Es braucht ein Machtwort des Volkes, denn die Schulveränderungen sind von grösster gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Tragweite.

Mit den permanenten Schulversuchen und Präbeleien, die mit dem Lehrplan 21 noch verschärft würden, wurden längst falsche Weichen gestellt. Seit Jahrzehnten hat man auf dem Verordnungsweg fundamentale Änderungen eingeführt, die gravierend verschlechterte Wissens- und Fähigkeitsbestände am Ende der Volksschule, massive Verunsicherung, zunehmendes Schulversagen, Lehrer-Burnouts, aufgeblähte Schul-Administrationen und künstlich hochgetriebene Kosten verursachten.

Die weitere Beschneidung des Bildungsumfangs (u.a. kein gesichertes Einmaleins mehr) und die Abschaffung der Jahrgangsziele, vieler Schulfächer (Geografie, Geschichte, Physik, Chemie, etc.), des strukturiert geführten Klassenunterrichts und des Lehrerberufs muss öffentlich diskutiert und verhindert werden. Schliesslich geht es um die Korrektur eines von aussen aufgezwungenen, jahrzehntelangen Volksschul-Umbaus, der nicht aus den Bedürfnissen der Schule gewachsen ist, sondern diese immer mehr bedrängt und von ihrer Kernaufgabe abbringen will. Die Auswirkungen belasten die Bevölkerung stark.

Die Initiative verlangt deshalb ein neues Entscheidungsrecht auf Gesetzesstufe, das zu Grundsatz-Abstimmungen berechtigt, damit als falsch erkannte, behördlich eingeschlagene Wege wieder korrigiert werden können. Das Gesetzes-Referendum gegen solche Weichenstellungen ist keineswegs ausgeschlossen, wie der Regierungsrat fälschlich behauptet.

Die Initianten haben zur Vorbereitung der Volksabstimmung schon vor Monaten eine Aussprache mit den Verantwortlichen verlangt, die ihnen jedoch bis heute verwehrt wurde. Der Kantonsrat muss nun eine politische Abwägung vornehmen und die Initiative für gültig erklären. Das Volk soll darüber entscheiden können, wohin die weitere Reise mit unserer Volksschule geht, wie dies bereits in zwölf weiteren Kantonen gefordert wird.

Irene Herzog-Feusi
Präsidentin des Initiativkomitees

<http://starkevolksschulesg.ch/volksabstimmung-zum-lehrplan-21-im-kt-sz-unumgaenglich/>

Weitere Informationan:

[Begründung der Gültigkeit zuhanden der kantonsrätlichen Rechts- und Justizkommission](#)

[Vielsagende Auslassung in der Publikation des Communiqués im Höfner Volksblatt vom 14.10.2015](#)

Berner Zeitung, 13.10.2015

Schlechte Noten für Frühfranzösisch

Die Kritik am Frühfranzösisch wird immer lauter: Weil ihre Kinder nach vier Jahren Unterricht kaum einen Satz bilden könnten, wendeten sich besorgte Eltern aus Wilderswil an die Erziehungsdirektion. Deren Antwort beruhigt sie keineswegs.



Widerstand gegen Frühfranzösisch (v.l.): Die Mütter Regula Jossi, Doris Graf Jud, Brigitte Dissauer, Ursula Lüthi und Jeannine Brunner wehren sich in Wilderswil zusammen mit den Siebtklässlern gegen die neue Fremdsprachendidaktik. Bild: Stefan Anderegg

Marius Aschwanden

Dass Mütter öffentlich die Leistungen ihrer Kinder kritisieren, kommt selten vor. Genau dies aber macht eine Eltern-Gruppierung aus Wilderswil. «Unsere Tochter hatte bis dato 351 Lektionen Französischunterricht. Aber sie kann kaum einen Satz bilden», sagt Doris Graf Jud. Wie sie denken viele Eltern im Oberländer Dorf über die Französischkenntnisse ihrer Kinder.

Faul oder schlechte Schüler seien die Siebtklässler nicht, sagen die Mütter. Sie gehören aber zur ersten Generation, die im Kanton Bern seit der 3. statt erst der 5. Klasse Französisch lernen.

Mit der Einführung des Frühfranzösisch vor vier Jahren kam auch das neue Lehrmittel [«Mille Feuilles»](#) in die Schulzimmer. Seither büffeln die Kinder nicht mehr vorwiegend Grammatik und Rechtschreibung, sondern sie sollen die Sprache spielerisch erkunden und sich Strategien aneignen, schwierige Texte zu verstehen.

Kinder sind frustriert

Die Wilderswiler Eltern machen diese neue Didaktik für die mangelhaften Sprachkenntnisse ihrer Kinder verantwortlich. Der Unmut ist so gross, dass sich die Mehrheit der Eltern der 16 Siebtklässler in einem Brief an die Erziehungsdirektion des Kantons Bern gewendet hat.

Im Schreiben monieren sie, dass ihre Kinder nach vier Jahren Französischunterricht weniger Sprachkenntnisse hätten als ein Schüler nach einem Jahr mit dem alten Lehrmittel «Bonne-Chance». «Unsere Kinder müssen Texte über die Raumfahrt übersetzen. Sie können aber nicht einmal ein Verb konjugieren», sagt Jeannine Brunner.

Das neue Lernsystem und das Lehrmittel seien realitätsfremd und würden selbst gute Schüler überfordern. Während die Kinder in der Mittelstufe noch gute Noten erhielten, seien bei den ersten Proben im siebten Schuljahr viele ungenügend gewesen. «Ich bin frustriert», sagt Brunners Sohn Levin.

Auch Lehrer üben Kritik

Dass die Kinder Schwierigkeiten hätten, liege auch daran, dass es zwischen Mittelstufe und Sekundarstufe einen Bruch gebe, sagt ein Oberstufenlehrer, der anonym bleiben möchte. «Die Lehrbücher sollten übergangslos aufeinander aufbauen. Dem ist aber nicht so.»

Von den Schülern würden im Unterrichtsmaterial für die 7. Klasse Dinge erwartet, die sie vorher nie gelernt hätten. «Wenn ich die Schülerinnen und Schüler nach dem Massstab bewerte, den ich auf dieser Stufe anwenden müsste, dann bekommen sie ungenügende Noten», sagt er.

«Das neue Lehrmittel erfordert extrem viel Bereitschaft, sich mit der Sprache auseinanderzusetzen. Viele Schüler sind damit überfordert und resignieren», sagt ein anderer Oberstufenlehrer. Auch er will seinen Namen nicht in der Zeitung lesen. Zu gross ist die Sorge, dass die Kritik auf ihn zurückfällt.

Im Vergleich zu gleichaltrigen Kindern aus der «Bonne-Chance»-Ära könnten die heutigen Siebtklässler tatsächlich schlechter Französisch, sagt der Bieler Reallehrer und GLP-Stadtrat Alain Pichard. Auch der langjährige Kritiker des Frühfranzösisch sieht den Grund in den neuen Lehrmitteln. «Ohne strukturellen Aufbau des Wortschatzes und der Grammatik geht es nicht.»

Neues Grammatikbuch

Inzwischen hat der Schulverlag plus, der «Mille Feuilles» entwickelt hat und der je zur Hälfte den Kantonen Bern und Aargau gehört, ein zusätzliches «Mini-Grammaire» veröffentlicht. Das Buch soll «Einblicke in die Grammatik der französischen Sprache» ermöglichen.

Die Publikation sei aber nicht als Reaktion auf die Kritik zu verstehen, sagt Projektleiter Peter Uhr. Er tut die Kritik der Lehrer sowieso als «Behauptungen» ab. «Das Lehrmittel wurde eingehend erprobt. Wer bereits nach wenigen Wochen Unterricht ein Urteil fällt, handelt nicht seriös», kontert Uhr die Kritik der Oberstufenlehrer.

Pichard hingegen kann ob dem «Mini-Grammaire» nur den Kopf schütteln. «Im «Bonne-Chance» war die Grammatiksammlung im Anhang integriert. Hier jedoch wird ein eigenes Buch nachge-reicht, das wieder 32 Franken kostet. Das ist eine Geschäftemacherei.»

Zusammen mit den Anschaffungskosten von 32 Franken pro Schüler und Jahr für das normale Lehrmittel reisse das Frühfranzösisch Löcher in die Gemeindekassen.

Verband warnt vor Vergleich

Es gibt aber auch andere Stimmen. «Die Schüler haben viel weniger Hemmungen und sind motivierter als früher. Zudem besitzen sie bessere Fähigkeiten im Hörverständnis», lobt Christoph Schiltknecht, Schulleiter und Lehrer in Moosseedorf, das neue Lehrmittel. Dies sagt auch Franziska Schwab, Leiterin Pädagogik beim bernischen Lehrerverband.

Doch auch sie beide berichten von Problemen. So würde die Alltagssprache zu kurz kommen, und die Texte seien vielfach sehr komplex, sagt Schwab. Trotzdem will sie das Projekt Frühfranzösisch nicht vorzeitig abschreiben. «Eine Evaluation kann erst am Ende des 9. Schuljahres erfolgen.» Vorhandene Schwächen müssten lokalisiert und verbessert werden – etwa durch die Einführung des «Mini-Grammaire».

Angesichts der komplett neuen Didaktik warnt Schwab davor, zum heutigen Zeitpunkt Vergleiche mit dem Sprachniveau der früheren Siebtklässler anzustellen.

Wunsch nach Alltagswörtern

Neue Kompetenzen habe er bei seinen Schülern kaum bemerkt, sagt hingegen Pichard. Damit die Kinder am Ende der 9. Klasse nicht schlechter seien als vorangehende Schüler, reichert er den Unterricht mit eigenen Beiträgen an. Auch in Wilderswil setzt der Lehrer eigene Lehrmittel ein. In der Zeitung darüber sprechen will er nicht. Seine Schüler sind vom Wörterbuch, das er entwickelt hat, begeistert. «Endlich lernen wir auch Alltagswörter», sagt Levin.

Daran, dass sich die Lehrkräfte selber helfen müssen, wird sich voraussichtlich nicht so schnell etwas ändern. Diesen Schluss lässt zumindest die Antwort zu, welche die Wilderswiler Eltern pünktlich zum Schulbeginn nach den Herbstferien von der Erziehungsdirektion erhalten haben.

Darin verteidigt Johannes Kipfer, stellvertretender Leiter des Volksschulamtes, die neue Didaktik. Statt ihnen konkrete Lösungen anzubieten, fordert er die Eltern dazu auf, ihren Kindern Sicherheit zu geben und dem neuen Fremdsprachenunterricht gelassen zu begegnen. «Dann werden Sie entdecken, dass sie nicht weniger Französisch lernen als früher; sie lernen einfach anders, und sie lernen andere Dinge.»

Für Doris Graf Jud und ihre Kolleginnen ist dies keine befriedigende Antwort. «Die Verantwortung auf die Eltern zu schieben, ist unfair. Wir haben uns von der Erziehungsdirektion mehr Unterstützung erhofft.»

<http://www.bernerzeitung.ch/region/kanton-bern/Schlechte-Noten-fuer-Fruehfranzoesisch/story/30603680>

Siehe auch:

<http://www.20min.ch/schweiz/bern/story/Trotz-351-Lektionen-keine-Ahnung-von-Franzoesisch-21975720>

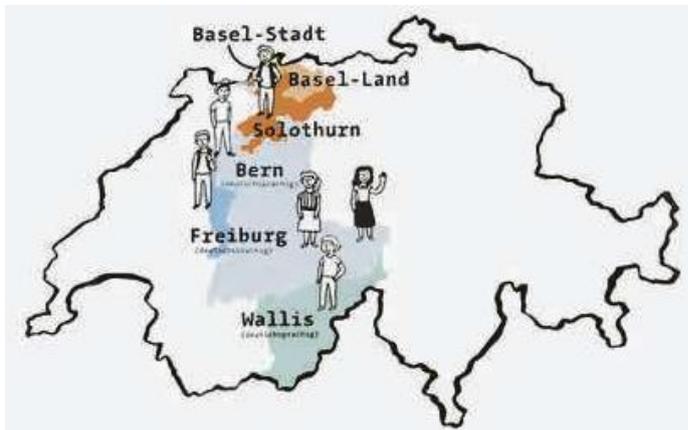
Basler Zeitung, 13. Oktober 2015

Bildungsdirektorin in der Zwickmühle

Vorläufig keine Kursänderung beim Fremdsprachenkonzept Passepartout

Von Thomas Dähler

Liestal. Fast zehn Jahre sind vergangen, seit der Kanton Baselland zusammen mit fünf weiteren Kantonen entlang der Sprachgrenze sich für das Fremdsprachenkonzept Passepartout mit Französisch als Fremdsprache ab der dritten Primarschulklasse entschied. Akzeptiert ist Passepartout bis heute nicht, obwohl nächstes Jahr auch im Baselbiet die ersten mit Passepartout aufgewachsenen Primarschüler in die Sekundarschulen übertreten. Jetzt wehren sich die betroffenen Sekundarlehrer gegen die deswegen verfügte obligatorische Weiterbildung – und stürzen damit die neue Bildungsdirektorin Monica Gschwind in ein Dilemma.



Frühfranzösisch zuerst.

Mit dem Projekt Passepartout geben sechs Kantone der zweiten Landessprache den Vorzug.

«Sie bringen mich in die Zwickmühle», musste Gschwind kürzlich an einer Versammlung des Lehrerinnen- und Lehrerverbands einräumen. 16 Tage Weiterbildung wegen der Übernahme der ersten mit Passepartout aufgewachsenen Primarschülerinnen und Primarschüler seien unsinnig, versuchten die Sekundarlehrkräfte an der Versammlung der Bildungsdirektorin zu erklären. Schliesslich hätten sie ein Sprachenstudium absolviert. Sie liessen dabei durchblicken, dass sie das Konzept für gescheitert halten und das Experiment ohnehin nur halbwegs weiterführen würden. Mit «Baden in der Fremdsprache» lerne man kein Französisch. Doch Gschwind hält an Passepartout fest und verpflichtet die Sekundarlehrer zur 16-tägigen Weiterbildung.

Rad lässt sich nicht zurückdrehen

«Ich kann das Rad nicht zurückdrehen», sagte Gschwind den versammelten Lehrkräften – und erntete dafür lautstarke Missfallensbekundungen. Doch der neuen Bildungsdirektorin bleibt nichts anderes übrig. Zwar hatte sie sich noch im Wahlkampf skeptisch zum Fremdsprachenkonzept geäussert. Doch als Baselbieter Regierungsrätin ist Gschwind an bestehende Vereinbarungen gebunden – in diesem Falle an die «Interkantonale Vereinbarung über die Einführung des Französischunterrichts ab dem 3. und des Englischunterrichts ab dem 5. Schuljahr sowie die gemeinsame Entwicklung des Fremdsprachenunterrichts», besiegelt im März 2006. Darauf aufbauend hatten die Kantone Bern, Wallis, Solothurn, Freiburg, Basel-Stadt und Baselland das gemeinsame Sprachkonzept Passepartout entwickelt und in ihren Schulen eingeführt – im Baselbiet mit einjähriger Verspätung.

Erst vor Jahresfrist vereinbarten die Bildungsdirektoren der sechs Kantone, die Laufzeit des Projekts bis 2018 zu verlängern – notabene unter dem Vorsitz des Baselbieter Bildungsdirektors Urs Wüthrich. Der sozialdemokratische Vorgänger Gschwinds tat dies allerdings nicht eigenmächtig, sondern mit dem Segen der schon damals mehrheitlich bürgerlichen Baselbieter Regierung. 2018 endet die Frist, weil bis dahin erste wissenschaftliche Auswertungen zum Projekt vorliegen.

Experten und Lehrkräfte uneinig

Zum viel kritisierten Lehrmittel «Mille feuilles» äusserten sich die Bildungsminister der Kantone im Juni 2014 noch geradezu euphorisch: «Die Praxistests sind einmalig in der Schweiz, noch nie wurde ein Lehrmittel so ausführlich getestet und in Zusammenarbeit mit den Lehrerinnen und Lehrern entwickelt», heisst es in dem Communiqué von damals. Doch offensichtlich hatten die Bildungsexperten die Rechnung ohne die Baselbieter Sekundarlehrkräfte gemacht, die jetzt auch mit dem «Sprachbad» des «Mille feuilles» und des Nachfolgelehrmittels «Clin d’oeuil» konfrontiert sind und die 16 Tage Einführungskurs offensichtlich nur unter Zwang absolvieren.

Die Sekundarlehrer werden bis 2018, wenn die ersten Frühfranzösisch-Schüler der Passepartout-Kantone die Volksschule verlassen, durchhalten müssen. Angekündigt ist für Sommer 2018 ein erster Bericht zu einer Erhebung bei 1500 Schülerinnen und Schülern aus den sechs Kantonen. Bildungsexperten sind dabei optimistisch – anders als die Baselbieter Lehrkräfte an den Sekundarschulen: Bereits heute bescheinigt das Institut de recherche et de documentation pédagogique der Universität Neuenburg in einer Vorstudie den Sechstklässlern, dass sie in Französisch auf den Sekundarschulübertritt bestens vorbereitet seien.

<http://verlag.baz.ch/epaper/index.cfm?index=18>

Tagblatt, 13. Oktober 2015

Hintergründe zum Lehrplan 21

BÜTSCHWIL. Am Donnerstag, 22. Oktober, um 19.30 Uhr, finden im Restaurant Hirschen in Bütschwil Vorträge rund um den Lehrplan 21 statt.

Den Anfang macht Judith Barben-Christoffel. Sie ist Lehrerin, Heilpädagogin, Psychologin und Publizistin und zeigt auf, was hinter dem Lehrplan 21 steckt. Dann stellt der Gewerbeschullehrer und Vater Lutz Wittenberg vor, wie Lehrer durch unredliche Methoden dazu gebracht werden sollen, den Lehrplan 21 zu befürworten. Den Abschluss macht die Psychiaterin, Psychotherapeutin und Mutter Gabriella Hunziker mit einem Schulaufgabenbeispiel.

Der Abend, der vom «Verein für eine starke Volksschule SG – ohne Lehrplan 21» organisiert wird, dient einer kritischen Auseinandersetzung mit den Schulentwicklungen der letzten Jahre. Es stellen sich folgende Fragen: Was macht eine gute Schule aus? Gefährdet der Lehrplan 21 die hohe Bildungsqualität der Schweiz? Ist die Methodenfreiheit der Lehrer noch gewährleistet?

Eine angeregte Diskussion im Anschluss an die Referate, bei der sich die Gäste einbringen, ist erwünscht. (pd)

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/toggenburg/tt-ag/Hintergruende-zum-Lehrplan-21;art232,4388006>

Tagblatt, 14. Oktober 2015

Salzkorn

Um Deutschlands Zukunft ist es gut bestellt. Eine ganze Generation Hochbegabter wächst heran. Allerdings werden auch viele kleine Genies erst einmal verkannt. «Der Spiegel» berichtet, wie hingebungsvoll Eltern der zahllosen Nachfahren von Mozart und Einstein mit einem Heer von Anwälten und Ärzten gegen unfähige Lehrer und ein untaugliches Bildungssystem kämpfen. Damit ein für alle Mal schlechte Leistungen als Ausdruck von Hochbegabung anerkannt werden, damit aggressives Verhalten als Durchsetzungsfähigkeit gewürdigt wird.

Hierzulande können Hochtalentierete von der Schule gar nicht erst falsch beurteilt werden. Denn wer ungeeignet ist, wird vor der Mittelschule aussortiert. So werden exzellente Unterrichtsqualität und Maturaquote nicht verfälscht. Für Bildungsexperten steht fest: «Nur die richtigen Kinder gehören aufs Gymnasium.» «Und meine.» Glauben Eltern von Wunderkindern hier wie dort.

Wie meinte doch Goethe? «Das Wunder ist des Glaubens liebstes Kind!» W. W.

<http://www.tagblatt.ch/intern/salzkorn/Salzkorn;art1297,4388979>

Tagblatt, 14. Oktober 2015

«Die Schule muss Freude machen»

Am 15. November findet in Flawil die Ersatzwahl um den vakanten Sitz im Schulrat statt. Gegenüber stehen sich Annatina Reinhard von der SP und Nadja Heuberger von der FDP. Einen Monat vor den Wahlen stehen die beiden Kandidatinnen Red und Antwort.

DONAT BEERLI

Frau Heuberger, Frau Reinhard, was zeichnet eine gute Schule aus?

Nadja Heuberger: Eine gute Schule sollte ein Ort sein, an dem Lernen Freude macht. Sie muss aber auch ein Ort sein, an dem Schüler nach ihren Möglichkeiten gefördert und gefordert werden. Ausserdem versteht sich eine gute Schule als Teil der Gemeinde und damit auch als Teil des vorhandenen Finanzrahmens.

Annatina Reinhard: Die Schule muss Freude am Lernen vermitteln. Sie soll nicht nur Wissen vermitteln, sondern Kinder auch in sozialen Kompetenzen fördern. Eine gute Schule blickt über den Tellerrand, stärkt die Kinder in ihrem Selbstbewusstsein und der Fähigkeit, Lösungen zu finden.

Warum sind Sie die richtige Person für dieses Amt?

Reinhard: Mir liegt die Bildung sehr am Herzen. Ich bin selber immer gerne in die Schule gegangen und habe in meiner Schulkarriere verschiedene Formen von Schulen kennengelernt. Entscheidend war in jedem Fall, ob das Feuer gebrannt hat oder nicht. Mein oberstes Ziel ist, dass diese Leidenschaft für die Schule besteht. Dazu braucht es engagierte Lehrpersonen, motivierte Kinder und Eltern, die hinter der Schule stehen. Ich bin offen für andere Meinungen und in der Lage, einen gemeinsamen Konsens zu finden. Jedoch stehe ich auch fest für Überzeugungen ein, die in meinen Augen für die Zukunft der Kinder und somit der Gesellschaft entscheidend sind.

Heuberger: Zuerst einmal habe ich selber Kinder. Eines davon geht bereits in den Kindergarten. Es ist mir wichtig, dass Kinder von einer guten Ausbildung profitieren können. Aufgrund meiner Ausbildungen und bisherigen beruflichen Tätigkeiten als Lehrlingsausbildnerin, Teamleiterin, Spielgruppenleiterin und auch meiner Leitertätigkeit in der Pfadi bringe ich einen gut gefüllten Rucksack an Erfahrungen mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit. Als Mitglied im Vorstand des Familientreffs Flawil kenne ich zudem die Bedürfnisse junger Familien im Dorf.

Frau Reinhard, Sie sind erst seit kurzem Mitglied der SP. Ist das ein Nachteil?

Reinhard: Ich bin zwar erst seit knapp zwei Jahren aktiv in der SP Flawil tätig und hatte noch kein offizielles politisches Amt inne. Schon von klein auf bin ich aber durch meine Eltern mit der Politik in Kontakt gekommen, das Welt- und Gemeindegesehen und politische Themen waren bei uns schon immer an der Tagesordnung.

Deshalb bin ich überzeugt, dass ich diese knappe politische Erfahrung durch den Willen, selber zu denken und mich aktiv zu engagieren, gut kompensieren kann.

Wie stehen Sie zum Lehrplan 21?

Reinhard: Der Lehrplan 21 ist ein wichtiges und sinnvolles Projekt, die Volksschulen in den verschiedenen Kantonen aufeinander abzustimmen. Diese Harmonisierung hat zum Vorteil, dass Umzüge in einen anderen Kanton deutlich erleichtert werden. Auch beim Einstieg in die Berufswelt werden Schulabgänger nicht mehr je nach Kanton bevor- oder benachteiligt. Mir gefällt am Lehrplan 21 besonders, dass die Kompetenzen des Kindes im Vordergrund stehen. Die Schule hilft so noch besser, die Jugend auf das spätere Leben vorzubereiten.

Heuberger: Ich stehe zum Lehrplan 21. Harmonisierung wird oft falsch verstanden. Es geht nicht darum, dass in allen Klassen zur gleichen Zeit das Gleiche unterrichtet wird. Es geht darum, dass durch gemeinsam vereinbarte Grundsätze und minimale Lernziele der Mobilität der Menschen Achtung geschenkt wird. Es kann nicht sein, dass ein Kantonswechsel unter Umständen mit dem Verlust eines Schuljahres erkaufte werden muss.

Frau Heuberger, die FDP ist seit 2012 nicht mehr im Schulrat vertreten. Braucht es sie überhaupt?

Heuberger: Ja. Aus Liebe zur Schweiz, oder genauer, aus Liebe zu Flawil. FDP steht für eine offene und konstruktive Politik, die die Eigenverantwortung fördert. Eine solche Ergänzung tut dem Schulrat und in letzter Konsequenz auch unseren Schülern gut. Nur wenn möglichst viele Parteien vertreten sind, werden auch möglichst viele Bevölkerungsgruppen und Ansichten vertreten sein.

Französisch an der Primarschule wie bis anhin: Ja oder Nein?

Heuberger: Ja. Das Erlernen einer zweiten Landessprache ist auch für den Zusammenhalt in der Schweiz zentral. Und natürlich ist Französisch in einigen Berufen mit Kontakten zur Westschweiz wichtig.

Reinhard: Ganz klar ja. Jedoch stellt sich die Frage, ob an der Primarschule zuerst Englisch oder Französisch unterrichtet werden soll. Englisch ist vermutlich einfacher als Einstieg, weil es im Alltag viel präsenter ist.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/wil/wv-uz/Die-Schule-muss-Freude-machen;art262,4389256>

Südostschweiz, 14.10.2015

Lehrplan 21 – Die Krux mit der Debatte

Was macht man mit einem «Lehrplan», der keiner ist? – Was sollen Lehrplan 21-kompatible Lehrmittel, wenn sie hauptsächlich für die Verlage hilfreich sind? – Was machen Lehrpersonen, wenn sie aufgrund einer verordneten Unterrichtsdoktrin nicht mehr eigenverantwortlich unterrichten dürfen? – Es sind genau solche, auf den ersten Blick aberwitzigen Fragen, welche die Problematik des Lehrplans 21 andeuten.

Moderne Lehrpläne sind komplexe Gebilde. Längst sind die Zeiten vorbei, wo einfache Stoffsammlungen den Lehrern die Richtung wiesen und den Gehalt ihres Unterrichts bestimmten. Der Lehrplan 21, welche nach dem Willen der Regierung auch in Graubünden eingeführt werden soll, umfasst 470 Seiten und weit über 1000 «Kompetenzen».

Mit dem neuen Konzept der Kompetenzorientierung stellte sich der Lehrplanforscher *Rudolf Künzli* die Frage, ob diesem Werk überhaupt die Bezeichnung «Lehrplan» zusteht. Der Zürcher Bildungsforscher *Urs Moser*, bestätigte denn auch freimütig, dass dieser Lehrplan nicht für die direkte Verwendung durch die Lehrer, sondern als Basis für die nationale Kontrolle des Bildungssystems, zur Datengenerierung für die Vermessung des Leistungsstandes an den einzelnen Schulen gedacht sei. Die Initianten der kürzlich lancierten Volksinitiative und mit ihnen viele besorgte Bürger, Eltern, Fachleute, aber auch manche Politiker erachten das Konzept dieses Lehrplans als Schritt in die falsche Richtung.

Die Debatte um den Lehrplan 21 ist demnach eine demokratische Notwendigkeit.

In diesem Zusammenhang interessiert der Artikel von Redaktor Stefan Bisculm in der «Südostschweiz» vom 5. Oktober 2015. Unter dem Titel «Die meisten Kantonsschüler kommen aus dem Montalin» ist nach Angaben der Churer Schuldirektion u.a. ein «Ranking» der Kantonsschulquote, fein säuberlich aufgeschlüsselt nach Schulhäusern, für den Zeitraum zwischen 2007 und 2015 abgedruckt. Mit einem Kantonschüleranteil von 35,6 Prozent steht das Montalinschulhaus mit Abstand an der Spitze. Dann folgen sieben weiteren «Plätze» und das Schlusslicht trägt das Schulhaus Barblan mit einem Anteil von 9,4 Prozent. Die Unterschiede wurden im Artikel einsichtig erklärt. Es wird betont, das Ergebnis könne keiner unterschiedlichen Unterrichtsqualität zugeschrieben werden. Die Differenzen gründeten auf unterschiedlichen Elternpopulationen mit unterschiedlichem gesellschaftlichem Hintergrund.

Tags darauf erschien ein Leserbrief eines langjährigen Lehrers: «Man liest, was man lesen will: top und flop», schreibt er. «Auch wenn der Churer Schuldirektor Jann Gruber im informativen Artikel festhält, dass die Maturitätsquote, die Qualität der Schularbeit betreffend, nicht aussagekräftig ist, bleiben allgemein die beiden herausgehobenen Überschriften dieses Artikels hängen...» – Wie recht er hat! Es bleibt haften, was die Autoren explizit nicht beabsichtigten: Montalin top, Barblan flop!

Stellen Sie sich vor, in einigen Jahren finden sich in den Tageszeitungen Ranglisten, welche verkünden, in welchen Schulhäusern die erfolgreichsten Lehrpersonen wirken, wo wie viele Kinder ihre Kompetenzziele erreicht, bzw. nicht erreicht haben, oder welche besonderen Qualitäten bzw.

Defizite die Lehrerteams in den einzelnen Schulhäusern nach Meinung der Evaluatoren auszeichnen usw.... Die Folgen wären verheerend.

Die Erziehungsdirektoren beteuern stets, keine Ergebnisse der künftigen Vermessung von Schulen im Rahmen des «nationalen Bildungsmonitorings» öffentlich zu machen. Dennoch vermag niemand die reale Gefahr auszuschliessen, dass vertrauliche Informationen auf irgendwelchen Schleichwegen publik würden. Es stellt sich zudem die Frage, ob die heute gültigen Versprechen in Stein gemeisselt sind. Die Erfahrung spricht dagegen.

Eine öffentliche Grundsatzdebatte zur Kompetenzorientierung des vor rund acht Jahren gestarteten Projekts «Lehrplan 21» hat nie stattgefunden.

Bis heute fehlen einsichtige Erklärungen, warum die d-EDK (Konferenz der Erziehungsdirektoren der deutsch- und gemischtsprachigen Kantone) eine mögliche Weiterentwicklung des inhaltsbasierten Unterrichts plötzlich für untauglich hielt. Warum das unvermittelte Bekenntnis zur Kompetenzorientierung? Warum wurde ein zuvor bereits aufgegleistes Projekt für einen harmonisierten «*Gemeinsamen Deutschschweizer Lehrplan*», auf der Basis der kantonalen Lehrpläne abrupt und in aller Stille versenkt? Die Harmonisierung gemäss Bildungsartikel 62 in der Bundesverfassung kann nicht der Grund gewesen sein, ***denn die geforderte Harmonisierung der Bildungsziele wäre mit jedem beliebigen Lehrplankonzept gleichermassen möglich gewesen.*** Darum ist die Beschwörung des Bildungsartikels zur Begründung der «Unverzichtbarkeit» der Kompetenzorientierung im Lehrplan 21 absolut haltlos.

Mitblogger Fabio Cantoni bedient sich in seinem letzten Eintrag unter dem Titel «[Achten Sie auf das Kleingedruckte!](#)», eines Auftritts, welcher grundsätzlich jede Kritik am Lehrplan 21 und an der ihn begleitenden neuen Unterrichtsdoktrin des «selbstbestimmten Lernens» wegzuwischen sucht. Er reagiert aufgrund seines Unbehagens über die kürzlich erfolgte Lancierung der Volksinitiative «[Gute Schule Graubünden – Mitsprache des Volkes bei Lehrplänen](#)».

Denn nun müssen die Befürworter des neuen Konzepts wider Erwarten in Kauf nehmen, dass bereits sicher geglaubtes Terrain auch hierzulande öffentlich debattiert und Pro und Contra zum Lehrplan 21 endlich offengelegt werden müssen.

Jedenfalls scheint der vom Bündner Lehrerverband (LEGR) und der Pädagogischen Hochschule (PHGR) gemeinsam, unter Ausblendung jeder substanziellen Kritik, propagierte und als alternativlos befundene Lehrplan 21 erstmals auf ernsthaften Widerstand im eigenen Kanton gestossen zu sein. Auf bedauerliche Ausrutscher und Missdeutungen in Cantonis Text werde ich bei anderer Gelegenheit wohl zurückkommen.

Leider fand sich bislang keine Institution in unserem Kanton, welche es für nötig hielt, die Debatte in die Presse zu tragen. Selbst den Lehrerinnen und Lehrern wurde fleissig verkündet, gepredigt, propagiert um den Geist auf Phasengleichheit zu trimmen. Die Bevölkerung ist aber – welch ein Glück – weitgehend ahnungslos geblieben. Der Lehrerverband und die Pädagogische Hochschule betrachteten die offizielle Stossrichtung um den Lehrplan 21 seit jeher als grundsätzlich unantastbar. Auf den Diskurs auf Augenhöhe, wo auch Andersdenkende gleichberechtigt zu Worte kommen, warten wir bis heute vergeblich.

Dass 89 Prozent der Lehrer laut Inspektoratsbericht gut «erklären» können, ist für mich ein erfreuliches Ergebnis, das ich nicht anders erwartet hätte. ***Im Zusammenhang mit dem selbstbestimmten Lernen ist dieser positive Befund aber kaum von Belang.*** Die konstruktivistische Deutungsmacht würde diesem Tun ein rasches Ende bereiten, denn direktes Vermitteln von Wissen durch eine Lehrperson gilt als «Eingriff in die Lernautonomie des Kindes...» und ist darum abzulehnen... oder etwa nicht? Es ist den Lehrenden explizit untersagt, Schülerinnen und Schülern in «direkter Instruktion» (*Hattie*) Wissen zu vermitteln, höchste Effizienz hin oder her!

Fabio Cantoni unterstellt der Initiative, es werde dort eine «ungenügende Leistung von Lehrpersonen» beklagt. Abgesehen davon, dass uns ein derartiges Verdikt nicht zusteht, ***haben die immer offenkundiger werdenden Missstände einen Namen: Sie sind die Folge des sektiererisch anmutenden «Gottesdienstes» am Konstruktivismus (Roland Reichenbach). Die «Lernbegleiter» setzen nur in der Praxis um, was sie in der Aus- und Weiterbildung verordnet bekommen.*** Daraus folgt: ***Die wirkungsvollste Reformmassnahme ist die Stärkung der Lehrpersonen in ihrer Eigenständigkeit und Selbstverantwortung.***

Der eigenverantwortlich gestaltete Unterricht ist jeder fremdverordneten Unterrichtsideologie vorzuziehen, weil jener die Authentizität des Unterrichtenden widerspiegelt. An diesem Grundsatz führt kein Weg vorbei, wenn man den Erfolg wirklich will.

Fazit: Entweder respektiert der Staat die Professionalität und Mündigkeit seiner Lehrpersonen und hält sich zurück, oder die Lehrpersonen müssen sich selber helfen. Dies auch deshalb, weil die konstruktivistische Unterrichtsdoktrin totalitäre Züge trägt: Sie beansprucht nicht nur die alleinige Deutungsmacht für guten Unterricht, sie sorgt zudem für die faktische Abschaffung der freien Methodenwahl und behindert so einen kreativen, motivierenden Unterricht. Unterrichtsideologien gehören nicht in den Dunstkreis von Lehrplänen und auch nicht umgekehrt...

<http://www.suedostschweiz.ch/blog/die-schule-von-morgen/2015-10-14/lehrplan-21-die-krux-mit-der-debatte>

Basler Zeitung vom 16.10.2015

Meinung Fallstudie

Gescheit reden ist nicht immer klug

von Allan Guggenbühl

«Intraindividuelle Entwicklung», «zirkadiane Rhythmen», «intermodale Wahrnehmung»: Die Studierenden haben ihren Laptop, Bücher und Notizen vor sich. Sie schauen nach vorn, während ich ihnen Begriffe erkläre, die sie in den Fachartikeln gelesen oder an Vorlesungen gehört haben. Ich erläutere die Merkmale des Konvergenzmodells, gebe Beispiele kontrafaktischer Syllogismen und des Kompetenzstrukturmodells. Die Studierenden wirken motiviert, diskutieren im Flüsterton. Die Begriffe müssen sie kennen, wenn sie ihre Multiple-Choice-Prüfungen bestehen und Punkte bekommen wollen. Sie möchten sich auf ihren Beruf, das Unterrichten von Kindern und Jugendlichen, vorbereiten. Ein Student hebt seinen Arm, blickt mich leicht vorwurfsvoll an und meint: «Was bringen uns diese Begriffe bei unserer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen?» Sofort kehrt Stille im Saal ein.

Die konventionelle Antwort ist, dass es zur professionellen Ausbildung gehört, sich eine wissenschaftliche Begrifflichkeit anzueignen. Sie helfen, die multifaktoriellen Hintergründe und vielschichtigen Bedingungen des Aufwachsens zu erkennen. Naive Privattheorien müssen hinterfragt, die eigene Wahrnehmung geschärft und die Schüler nach objektiven und wissenschaftlichen Kriterien beurteilt werden. Lehrpersonen sollen sich als Fachpersonen verstehen, deren Unterrichtsmethoden empirisch abgestützt sind.

Es gibt eine andere, leicht polemische Antwort: Die Begriffe müssen gelernt werden, weil sich eine Akademikergilde profilieren und sich die Definitionsmacht der Praxis aneignen will. Sie zwingt ihren Jargon Studierenden auf, um den eigenen Einfluss auszuweiten und gemäss ihren Kriterien selektionieren zu können. Konzepte und Theorien, die in praxisfernen Institutionen von universitären Forschern entwickelt wurden, werden Menschen an der Front aufgedrängt, damit diese nach ihrer Zunge reden. Modelle, die der Profilierung in Fachjournalen und Kongressen dienen, sollen die schulische Wirklichkeit bestimmen. Die Schulen werden zum Implementierungsfeld der Wissenschaft. Fachhochschulen wirken als willige Helfer, in der Hoffnung auf Reputationsgewinn. Die Sorgen und Erfahrungen der Menschen in Praxis werden kaum wahrgenommen und Kinder sind nur als Datenlieferanten interessant.

Beide Antworten sind einseitig. Die Forschung liefert wertvolle Erkenntnisse für die Praxis und nicht jeder Forscher hat nur Publikationen in respektablen Fachjournalen im Sinn. Wann sind jedoch scheinbar unverständliche Begriffe für die effektive Arbeit von Nutzen?

Die Praxis schulischer Arbeit unterscheidet sich von Forschungsarbeit. Während sich die Diskussionen in der Wissenschaft um von der Gilde anerkannte Kernbegriffe drehen, präsentiert sich die Praxis halb chaotisch. Es gibt Widersprüche, Paradoxien und Ungereimtes. Es überleben nur jene Konzepte, die mit Erlebnisqualität gefüllt werden können. Begriffe, die auf zu abstrakte Zusammenhänge hinweisen und supponierte Kausalbezüge aufbauen, haben keine Chance. Den Lehrpersonen helfen Begriffe, die ihre effektiven Herausforderungen einfangen. Ausgangspunkt muss ihre Sprache sein.

Sie reden von «schwierigen Schülern», «Grenzen setzen», «Motivation», «Beziehungsaufbau», «Verantwortungsdiffusion» oder «Struktur». Es ist Aufgabe der Wissenschaft, diese Erfahrungen zu vertiefen und mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zu verbinden. Sie hat den Menschen in der Praxis zu dienen und nicht umgekehrt. Was an Begrifflichkeit übernommen werden soll, wird an der Front entschieden.

Allan Guggenbühl ist Psychologe, Psychotherapeut und Experte für Jugendgewalt

<http://www.genios.de/presse-archiv/artikel/BAZ/20151016/gescheit-reden-ist-nicht-immer-klug/201510169361520598.html>

NZZ, 17.10.2015

Anforderungen der Wissensgesellschaft

Träges Bildungswesen

Gastkommentar

von HANS ZBINDEN

1798 war es, in der kurzen Zeitspanne der Helvetik. Da mahnte der damalige Minister für Erziehung und Kultur, Philippe Albert Stapfer, bei der Ausarbeitung des ersten Volksschulgesetzes: «Primär muss die Sicht aufs grosse Ganze Vorrang haben - im Geiste eines zu schaffenden Esprit public, eines Gemeinnsinns der ganzen Bürgergesellschaft.» Diese Forderung von damals ist angesichts des verstärkten Standortföderalismus und des komplexer gewordenen Bildungswesens inzwischen noch dringlicher geworden.

Zwar zählt die Schweiz laut internationalen Vergleichsstudien seit Jahren zur Spitzengruppe der innovativsten Länder der Erde. Sie verdankt diese Position nicht zuletzt auch ihrem gut ausgebauten Bildungswesen. Doch dieser erste Blick übersieht oft, dass unser Bildungsnetzwerk zugleich auch zu den teuersten weltweit gehört. Nicht zuletzt als Folgen seiner luxuriösen Infrastrukturen und seines professionellen und gesellschaftlich geschätzten Lehrpersonals. Aber auch merklich bedingt durch seine komplexen demokratisch-föderalen Strukturen, Gremiengeflechte und administrativen Mehrspurigkeiten. Sie machen das Ganze schwerfällig und kaum steuerbar. Und nicht zuletzt: Die letztlich damit erbrachten Schülerleistungen fallen im internationalen Vergleich durchgezogen aus, meist ordentlich gut, aber nie spitzenmässig.

Im Weiteren fällt dabei auf, wie sich bei uns die sozialen, ethnischen und regionalen Ungleichheiten bei den Bildungschancen weiterhin verfestigt haben. Auch die Ausschöpfung des Begabungspotenzials ausländischer Zuwanderer ist unzureichend geblieben. Und der inländische Fachkräftemangel ist mittlerweile chronisch geworden. Diese zwiespältige Bilanz hinderte den Staatssekretär des SBFI, Mauro dell'Ambrogio, jedoch nicht, den Forderungen nach einer gemeinsam durchdachten und breit abgestützten nationalen Bildungsstrategie selbstgefällig eine Absage zu erteilen.

Im Zeitalter der Wissensgesellschaft leisten wir uns den Luxus, den Bildungsföderalismus mit seinem kollektiven Wissen und seinen vielfältigen Erfahrungen zu wenig für das ganze Bildungswesen zu nutzen. So weiss es denn heute gar nicht, was es eigentlich wissen könnte! Es gibt weder ein gemeinsames Organisationsgedächtnis noch ein Wissensmanagement von Bund und Kantonen. So fehlt etwa ein gemeinsam betriebener «Bildungsradar». Mit ihm würden die vielerorts praktizierten Neuerungen der Bildungsbereiche gezielt gesammelt und geordnet, um sie anschliessend als Good-and-best-practice-Modelle allen interessierten Kreisen zugänglich zu machen. Doch dieses kollektive Lernen im Zeitalter der Wissensteilung widerspricht diametral dem gängigen Motto: «Jeder lernt für sich und gegen die andern!» Als hätte der verstärkte Standortföderalismus die verfasste bundesstaatliche Kantonsgemeinschaft in eine Konkurrenzveranstaltung unter eigensinnigen Mitgliedern umgewandelt! So bauten alle Kantone auf kostspielige Weise immer mehr Vollangebote an Diensten und Leistungen auf. Von der Bildungsverwaltung über Planungsabteilungen, Beratungsdienste und Reformprojekte bis hin zu 18 kantonalen pädagogischen Hochschulen.

Ausgeprägtes Gegenwartsdenken und verstärkter Standortföderalismus verleiteten die bestehende Bildungspolitik dazu, den Blick in die Zukunft des schweizerischen Bildungswesens zu verkürzen und zu verengen.

Entgrenzung der institutionalisierten Lern- und Bildungsräume: Die bisherigen Lern- und Bildungsprozesse in abgegrenzten, stationären, stabilen und strukturierten Schul- und Lernräumen verschwimmen. Die Schule wird so immer mehr nur noch als ein zwar wichtiges Lernumfeld neben anderen wahrgenommen. Ergänzt wird es durch informelle Lern- und Bildungsräume im familiären, nachbarschaftlichen und urbanen Alltagskontext der Menschen. Die Zukunft gehört deshalb integralen Bildungslandschaften mit koordinierten formalen, non-formalen und informellen Bildungsangeboten.

Digitalisierungskonzept für das Bildungswesen: Neueste Studien belegen, dass das Bildungswesen mit seinen Institutionen und Mitgliedern heute der am weitesten fortgeschrittene Gesellschaftsbereich auf dem Weg zur «digitalen Reife» im Umgang mit digitalen Werkzeugen ist. Doch die Möglichkeiten und Grenzen der damit verbundenen Herausforderungen pädagogischer, kultureller, politischer und finanzieller Art sind noch nicht ausreichend konzeptionell durchdacht und in praktikable Programme gegossen.

Ermöglichung von Hybridmodellen (duale und triale Komponenten, Kombinationen von Ausbildung und Arbeit) auf den Stufen der nachobligatorischen Bildung: Die in der Schweiz politisch vorgegebene Aufteilung auf der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe in zwei strikt getrennte binäre institutionelle Pfeiler (Allgemeinbildung und Berufsbildung) ist angesichts der real stattfindenden wechselseitigen Imitationen prospektiv zu überwinden. Mittels Projekten mit intelligenten Kooperations- und Hybridmodellen (Kombinationen Ausbildung und Arbeit, duale Hochschulen und Maturitätsschulen, triale Modelle von Betrieb, Berufsfachschule, Hochschule).

Hans Zbinden ist Bildungswissenschaftler und Präsident der Eidgenössischen Fachhochschulkommission. Er war Initiant der neuen Bildungsverfassung von 2006.

Zur Vertiefung und Verdeutlichung:

Lautloser Gang des schweizerischen Bildungswesens nach Europa

[vpod-bildungspolitik, 11. Mai 2009](#)

*Dr. Ralph Fehlmann
Koordinator
Forum Allgemeinbildung Schweiz*

Liebe Kollegin, lieber Kollege

Gerne machen wir Sie aufmerksam auf Auftritte von zwei der profiliertesten Kritiker der aktuellen Reformitis - für einmal bezogen auf die Universität:

- **Jochen Krautz** hält am 29.10. 2015 im Reformierten Forum der Uni Bern einen Vortrag zur Bolognaform:

http://www.refbejuso.ch/refforum/pdf/2015/2015.10.29_flyer_podium_wa-h-re_bildung.pdf

... mit vorangehendem workshop für Studierende:

http://www.refbejuso.ch/refforum/pdf/2015/2015.10.29_workshop_wa-h-re_bildung.pdf

- **Konrad Paul Liessmann** ist am 30.11. 2015 im Rahmen des 5. Schweizer Bildungsforums in St. Gallen zu hören zum Thema

'Hochschulen im Spannungsfeld zwischen Industrialisierung und Profilierung':

<https://www.fhsg.ch/fhs.nsf/de/event?opendocument&event=30.11.2015-schweizer-bildungsforum>

Und gerne weise ich zudem darauf hin, dass der vsdl (Verein Schweizerischer Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer, <http://www.vsd.ch/>) die diesjährige Nummer seiner 'Deutschblätter' (<http://www.vsd.ch/index.php/deutschblaetter>) ganz dem Thema 'basale Kompetenzen' widmen wird, mit Beiträgen von Prof. Eberle, Pascal Frey, Prof. K. P. Liessmann (Uni Wien), Prof. W. Herzog (Uni Bern), PD R. Hofer, Prof. R. Reichenbach (Uni Zürich) und mir.

Mit herzlichem Gruss

Ralph Fehlmann

Dr. Ralph Fehlmann
Koordinator
Forum Allgemeinbildung Schweiz

www.forum-allgemeinbildung.ch
ralph.fehlmann@swissonline.ch